

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 308-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.1156

Eingereicht am: 25.11.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Müller (Bern, FDP) (Sprecher/in)
Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)

Weitere Unterschriften: 10

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Planungskosten in Grenzen halten

Der Regierungsrat wird beauftragt, alle Massnahmen zu treffen, dass bei grossen Projekten die Kosten für Planung, Projektierung usw. in Grenzen gehalten werden können, indem frühzeitig im Projektverlauf sinnvollerweise Grundsatzentscheide zur Realisierung getroffen werden.

Begründung:

In seiner Antwort auf die entsprechende Interpellation («Millionen für nichts? Nachlese zum Tramregion Bern» / 2015) bestätigt der Regierungsrat, dass Kanton und Gemeinden 30 Millionen Franken für Planung und Projektierung für das Tram Region Bern TRB ausgegeben haben. Die Höhe dieses Betrags ist enorm. Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung abgelehnt, das TRB wird nicht gebaut. Zu diesen Ausgaben der öffentlichen Hand kommen die Auslagen Privater in unbekannter Höhe hinzu. Verträge mussten rückgängig gemacht werden, oder es wurden bereits vorsorglich Einspracheverhandlungen geführt.

Fast lakonisch hält der Regierungsrat fest, es liege halt «in der Natur der Demokratie, dass Volksentscheide negativ ausfallen können». Nur: Der finanzielle Aufwand, der vor dem Volksentscheid betrieben wird, liegt nicht in der Natur der Demokratie, sondern in der Hand der Regie-

rung bzw. des federführenden Regierungsmitglieds – er ist also steuerbar. Und im Beispiel TRB war er viel zu gross.

Ausserdem muss vermieden werden, dass ein Sachzwang entsteht, wonach ein «unsicheres» Projekt gutzuheissen sei, «damit die Projektierungskosten nicht vergebens» gewesen seien.

Grundsatzentscheide des Soveräns zur Realisierung sind früher im Projektverlauf zu treffen, sinnvollerweise so, dass aber eine realistische Kostenschätzung möglich ist. In seiner Interpellationsantwort meinte der Regierungsrat, diese Frage sei zu prüfen, wozu hiermit freundlich gebeten wird, wie auch um die Präsentation entsprechender Massnahmen.

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat